

Pressemitteilung des CDU-Stadtverbands Heidenheim

CDU-Stadtverband fordert „Große Heidenheimer Kehrwoche“

Mehr Reinigung, ausreichend Entsorgungsmöglichkeiten, gezielte Kontrollen und Aufklärung. Der CDU-Stadtverband fordert ein entschlosseneres Vorgehen gegen die zunehmende Vermüllung öffentlicher Flächen.

Es ist jeden Sommer das gleiche Bild. Brennpark, Heideflächen, Parkplätze und andere öffentliche Aufenthaltsbereiche sind abends gut besucht. Am nächsten Morgen bleiben überfüllte Papierkörbe, Verpackungen, Glasscherben und anderer Müll zurück. Was früher einzelne Brennpunkte waren, ist inzwischen an vielen Stellen regelmäßig zu beobachten.

Der CDU-Stadtverband Heidenheim will sich damit nicht abfinden und fordert deshalb die Einführung einer „Großen Heidenheimer Kehrwoche“. Dabei geht es nicht darum, einmal im Jahr öffentlichkeitswirksam Müll einzusammeln. Reinigung, ausreichende Entsorgungsmöglichkeiten, Kontrolle und Aufklärung sollen für einen begrenzten Zeitraum gezielt zusammengebracht werden.

„Wir reden hier nicht über ein neues Problem und auch nicht über Stellen, die niemand kennt. Jeder, der regelmäßig im Stadtgebiet unterwegs ist, sieht, wo Müll liegen bleibt“, erklärt der Vorsitzende des CDU-Stadtverbands Heidenheim, Marvin Scharle. „Irgendwann reicht es deshalb nicht mehr, das Problem nur zur Kenntnis zu nehmen. Dann muss eine Stadt auch zeigen, dass sie bereit ist, etwas dagegen zu tun.“

An erster Stelle steht für die CDU dabei die Eigenverantwortung. Wer Essen, Getränke oder andere Dinge mitbringt, ist auch dafür verantwortlich, Verpackungen, Flaschen und sonstigen Müll wieder mitzunehmen oder ordentlich zu entsorgen. Niemand kann ernsthaft erwarten, dass die Allgemeinheit hinter jedem Einzelnen aufräumt.

Zur Wahrheit gehört aber auch die andere Seite. Wer von den Menschen verlangt, ihren Müll ordentlich zu entsorgen, muss dafür ausreichend Möglichkeiten schaffen. Gerade an stark frequentierten Sommerabenden sind öffentliche Abfallbehälter teilweise voll. Deshalb müssen an bekannten Brennpunkten auch die Leerungsintervalle überprüft und bei Bedarf insbesondere an Wochenenden und stark frequentierten Tagen erhöht werden. Ein voller Mülleimer ist keine

Rechtfertigung dafür, seinen Müll daneben zu werfen. Er ist aber ebenso wenig ein Zustand, mit dem sich die Stadt zufriedengeben darf.

Die Große Heidenheimer Kehrwoche soll deshalb beide Seiten zusammenbringen.

Die Stadt schafft die Voraussetzungen für saubere öffentliche Flächen. Wer sich trotzdem nicht an die Regeln hält, muss mit Kontrollen und Konsequenzen rechnen.

Konkret schlägt der CDU-Stadtverband vor:

1. Mindestens zweimal jährlich soll eine Aktionswoche stattfinden, in der besonders betroffene Parkplätze, Grünanlagen und öffentliche Aufenthaltsflächen täglich gereinigt werden.
2. An stark frequentierten Standorten sollen die Leerungsintervalle der öffentlichen Abfallbehälter überprüft und während der Aktionswoche bedarfsgerecht erhöht werden.
3. Gleichzeitig soll der kommunale Ordnungsdienst an bekannten Brennpunkten verstärkt präsent sein. Verursacher sollen angesprochen und festgestellte Verstöße konsequent geahndet werden.
4. Umweltamt, Vereine und weitere interessierte Akteure sollen die Woche mit Informationsangeboten begleiten. Denkbar sind beispielsweise Aktionen zu den Folgen achtlos weggeworfenen Mülls oder die Ausgabe von Taschenaschenbechern.
5. Im Anschluss soll ausgewertet werden, welche Erfahrungen während der Woche gemacht wurden. Dazu gehören die Zahl festgestellter Verstöße, Erkenntnisse über besonders betroffene Flächen sowie der entstandene Aufwand für Reinigung und Kontrolle.

Dabei richtet sich die Forderung nach stärkeren Kontrollen ausdrücklich nicht gegen die Beschäftigten des kommunalen Ordnungsdienstes. Im Gegenteil. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten unter schwierigen Bedingungen wichtige Arbeit für unsere Stadt. Sie sind täglich draußen unterwegs, kennen die Brennpunkte und müssen Regeln gegenüber den Menschen vor Ort durchsetzen. Dabei erleben sie nicht selten Diskussionen, Beleidigungen oder aggressive Reaktionen. Gleichzeitig ist ihre Aufgabenliste in den vergangenen Jahren nicht kleiner geworden. Wenn mit begrenztem Personal immer mehr Aufgaben bewältigt werden müssen, müssen zwangsläufig Prioritäten gesetzt werden. Dass die Kontrolle von Vermüllung

dabei nicht immer an erster Stelle stehen kann, ist deshalb kein Vorwurf an die Beschäftigten.

Wer mehr Präsenz und konsequentere Kontrollen fordert, muss dafür sorgen, dass der Ordnungsdienst die notwendige Zeit und Rückendeckung bekommt. Diese Entscheidung treffen nicht die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf der Straße. Die Prioritäten werden an anderer Stelle festgelegt.

Hier sieht der CDU-Stadtverband ausdrücklich auch Oberbürgermeister Michael Salomo in der Verantwortung. Wer an der Spitze der Stadtverwaltung steht, trägt Verantwortung dafür, welche Schwerpunkte gesetzt werden und ob die Beschäftigten für deren Umsetzung die notwendige Rückendeckung erhalten.

„Man kann vom Ordnungsdienst nicht gleichzeitig immer mehr Aufgaben verlangen und sich anschließend wundern, wenn nicht an jedem Brennpunkt ständig jemand stehen kann“, so Scharle. „Hier muss auch der Oberbürgermeister eine klare Priorität setzen. Wenn wir wollen, dass Regeln im öffentlichen Raum durchgesetzt werden, dann muss die Verwaltungsspitze den Beschäftigten dafür den Rücken freihalten. Das kann man nicht nach unten delegieren.“

Genau hier setzt die Große Heidenheimer Kehrwoche an. Für einen klar begrenzten Zeitraum soll die Stadt einen Schwerpunkt setzen und dem Ordnungsdienst damit den klaren Auftrag geben, an den bekannten Brennpunkten verstärkt präsent zu sein. Das ist zugleich eine Frage der Wertschätzung. Wer von seinen Beschäftigten erwartet, dass sie schwierige Situationen vor Ort lösen und Regeln durchsetzen, muss sichtbar hinter ihnen stehen.

Dabei darf aus der Aktionswoche keine zusätzliche Dauerbelastung für ein ohnehin stark gefordertes Team entstehen. Die anschließende Auswertung soll deshalb auch zeigen, welche Aufgaben der Ordnungsdienst tatsächlich bewältigt und ob die vorhandenen personellen Kapazitäten zu den Erwartungen passen, die Politik und Verwaltung an ihn stellen.

Dass angekündigte Schwerpunktkontrollen eine Wirkung entfalten können, zeigt etwa der Blitzermarathon. Seine Wirkung beginnt nicht erst beim Bußgeld. Bereits die Ankündigung sorgt dafür, dass Menschen stärker auf ihr Verhalten achten.

Diesen Effekt wollen wir auch bei der Großen Kehrwoche nutzen. Sie soll frühzeitig angekündigt und öffentlich begleitet werden. Dabei geht es ausdrücklich nicht um eine möglichst hohe Zahl an Bußgeldern. Im besten Fall führt die angekündigte

Präsenz dazu, dass weniger Müll liegen bleibt und weniger Verstöße überhaupt geahndet werden müssen.

Die rechtlichen Möglichkeiten sind vorhanden. Wer Abfälle einfach auf Straßen, Parkplätzen oder Grünflächen zurücklässt, begeht eine Ordnungswidrigkeit. Es braucht dafür keine neuen Verbote. Bestehende Regeln müssen aber auch sichtbar angewendet werden.

„Von Abzocke kann dabei niemand ernsthaft sprechen“, erklärt Scharle. „Es wirft niemand aus Versehen seine Fastfoodtüte auf einen Parkplatz. Wer seinen Müll ordentlich entsorgt, hat von solchen Kontrollen überhaupt nichts zu befürchten.“ Sauberkeit ist nicht nur eine Frage des Stadtbildes. Herumliegende Essensreste schaffen Nahrungsquellen für Ratten, Waschbären und andere Tiere. Glasscherben und Verpackungsreste auf den Heideflächen können für die dort eingesetzten Schafe gefährlich werden. Was heute als herumliegende Verpackung beginnt, kann morgen zusätzlichen Aufwand für Reinigung, Landschaftspflege und Schädlingsbekämpfung verursachen.

Heidenheim hat an anderer Stelle erlebt, wie schwierig es wird, Entwicklungen wieder einzufangen, wenn sie sich erst einmal verfestigt haben. Die jahrelange Diskussion um die Taubenproblematik zeigt, dass Vorbeugung häufig einfacher und günstiger ist als spätere Dauermaßnahmen.

Für den CDU-Stadtverband ist deshalb unverständlich, warum bei sichtbaren Problemen häufig erst reagiert wird, wenn der Handlungsdruck kaum noch zu übersehen ist.

„Kommunalpolitik darf nicht nur daraus bestehen, Probleme zu verwalten, bis sie teuer genug geworden sind, um ein großes Konzept dafür zu brauchen“, kritisiert Scharle. „Gerade bei der Sauberkeit können wir mit vergleichsweise einfachen Mitteln früh gegensteuern. Dafür braucht es aber den Willen der Verwaltungsspitze, auch einmal einen klaren Schwerpunkt zu setzen.“

Öffentliche Räume verändern sich auch dadurch, wie mit ihnen umgegangen wird. Wo Müll über längere Zeit liegen bleibt, kommt weiterer hinzu. Wo dagegen regelmäßig gereinigt wird und sichtbar auf die Einhaltung der Regeln geachtet wird, entsteht ein anderer Anspruch an den öffentlichen Raum.

Auch die Kostenfrage gehört zu einer ehrlichen Debatte. Reinigung und Kontrollen kosten Geld. Dauerhafte Verschmutzung kostet allerdings ebenfalls Geld. Steigende

Reinigungsaufwendungen, Schädlingsbekämpfung und zusätzliche Nachsorge verschwinden nicht dadurch, dass man heute auf Maßnahmen verzichtet.

Eine kommunale Verpackungssteuer, wie sie nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts inzwischen auch in anderen Städten diskutiert wird, ist für den CDU-Stadtverband nicht die richtige Antwort.

Sie belastet zunächst den Verkäufer einer Verpackung und nicht denjenigen, der sie später achtlos wegwirft. Auch der Bäcker oder Gastronom wird belastet, dessen Kunden ihren Abfall vollständig und ordentlich entsorgen. Gleichzeitig entstehen zusätzliche Verwaltungsaufgaben für Satzung, Veranlagung und Kontrolle.

Hinzu kommen im Alltag schwer vermittelbare Abgrenzungen. Warum soll die achtlos geworfene Tüte eines Fastfoodrestaurants unter eine Verpackungssteuer fallen, die direkt daneben liegende Dose eines Energygetränks von der Tankstelle aber nicht? Für die Sauberkeit des Parkplatzes macht das keinen Unterschied. Beides liegt am Ende auf derselben Fläche und beides muss beseitigt werden.

„Eine Verpackungssteuer besteuert am Ende den Verkauf und nicht das Wegwerfen“, erklärt Scharle. „Damit löst sie unser eigentliches Problem nicht. Entscheidend ist doch nicht, ob eine Verpackung beim Bäcker, im Fastfoodrestaurant oder an der Tankstelle gekauft wurde. Entscheidend ist, ob sie anschließend im Mülleimer oder auf dem Parkplatz landet.“

Für die CDU ist deshalb das Verursacherprinzip der bessere Ansatz. Wer sich ordentlich verhält, soll nicht pauschal über eine neue Steuer belastet werden. Wer seinen Müll dagegen auf einen Parkplatz, einen Weg oder in eine Grünanlage wirft, muss damit rechnen, dafür zur Verantwortung gezogen zu werden.

Hinzu kommt der Verwaltungsaufwand. Eine neue kommunale Steuer braucht eine Satzung, Veranlagung, Sachbearbeitung und Kontrolle. Bevor neue

Verwaltungsaufgaben geschaffen werden, sollte die Stadt aus Sicht der CDU

zunächst dafür sorgen, dass vorhandene Instrumente tatsächlich genutzt werden.

Die Große Heidenheimer Kehrwoche soll deshalb auch mehr sein als Reinigung und Kontrolle. Gemeinsam mit dem Umweltbereich der Stadt und interessierten Vereinen könnte sie genutzt werden, um über die Folgen achtlos gewegeworfenen Mülls zu informieren und praktische Angebote zu machen. Denkbar wären beispielsweise Taschenaschenbecher oder Informationsaktionen an besonders stark frequentierten Orten.

Am Ende folgt der Vorschlag einem einfachen Prinzip: Die Stadt muss ordentliche Entsorgung ermöglichen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen diese Möglichkeiten nutzen. Und dort, wo Regeln bewusst missachtet werden, müssen sie auch durchgesetzt werden.

„Wir verlangen keine neue Steuer und keine neuen Vorschriften“, fasst Scharle zusammen. „Wir wollen ausreichend geleerte Mülleimer, saubere öffentliche Flächen und einen Ordnungsdienst, der die notwendige Rückendeckung bekommt. Gleichzeitig erwarten wir von jedem, dass er seinen eigenen Müll ordentlich entsorgt. Wenn alle ihren Teil beitragen, ist das weder kompliziert noch unbezahlbar.“